



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 46 · Winter 2008/09 · Kostenlos

**ERST WENN
DER LETZTE BAUM GERODET,
DER LETZTE FLUSS VERGIFET,
DER LETZTE FISCH GEFANGEN IST,
WERDET IHR MERKEN,
DASS MAN GELD NICHT ESSEN KANN.**

WEISSAGUNG DER CREE-INDIANER

INHALT

Warum habt Ihr nichts dagegen getan?	3
Einsparungen bei den Bussen geplant	4
“Privat vor Staat”	5
Weltweite Finanzkrise und Solinger Kommunalpolitik	6-7
Evangelische Kirche zur Finanzkrise	8
Solinger Integrationskongress	9
Gymnasien abschaffen!	10-11
Urgewählte zur Integrationsratssitzung	12
CO-Pipeline - der aktuelle Stand	13
Kindergelderhöhung - nicht für SozialhilfeempfängerInnen?	14
Busgeschichten	14
AsylbewerberInnen werden immer ärmer	15
“Sammelanhörungen” zur Abschiebung	15

EDITORIAL

Bereits im 19. Jahrhundert formulierte der Häuptling Seattle der Cree die berühmte Weissagung. Und spätestens mit der Ökologiebewegung in den 70er Jahren errang dieses Zitat weltweite Berühmtheit und zierete als Greenpeace-Aufkleber tausende von Blech-Enten und -Käfern. Doch nicht nur "Linksalternative" identifizierten sich mit dieser Lebensweisheit, auch der "Mainstream" sympathisierte mit indianischen Ökologied Gedanken genauso wie mit dem Pazifismus Mahatma Ghandis. Fast jeder und jede stimmte kopfnickend zu: "Ja natürlich wäre es klüger, vernünftiger und langfristig besser für Baum, Tier und Mensch, sich zu bescheiden, nicht so viel Auto zu fahren, auf Massentierhaltung zu verzichten und mit den armen Ländern unsere Reichtümer zu teilen"; doch dann kam gewöhnlich das große ABER. Dieses ABER (unserer Eltern) haben wir, Kinder der 60er und 70er Jahre, nie wirklich nachvollziehen können. "Kind, möchtest Du wirklich auf Playmobil verzichten und Weihnachten lediglich Nüsse und Stricksocken geschenkt bekommen?" - Nein, natürlich wollten wir das nicht! Wir wollten auch lieber in Schreibhefte als auf Schiefertafeln schreiben! Trifft uns also eine Mitschuld? Hätten wir mit 10 Jahren begreifen müssen, dass unsere Geilheit nach Barbie-Puppen die Umwelt nachhaltig ruinieren würde?

Wir blieben letztlich hin- und hergerissen - was übrigens auch erklärt, warum diese Zeitung seit 13 Jahren existiert. Es lässt uns bis heute nicht ruhig schlafen, dass Weisheiten, die uralt sind, letztlich immer noch und immer wieder dem allgemeinen Profitstreben zum Opfer fallen. Nein, wir sind deshalb keine besseren Menschen und erheben auch nicht den Anspruch, das zu sein. Natürlich sind wir auch mit dem System verwoben und Teil des Mitmachens. ABER! Wir sind dennoch gewillt, die Dinge zu verändern, nicht zuzulassen, dass lediglich die Verhältnisse uns bestimmen - statt umgekehrt. Es bedarf hierfür eines langen Atems und eines Mitmachens vieler engagierter Kräfte. tacheles bietet ein Forum für dieses Engagement, für Initiativen, die sich nicht mit den CO-Pipelines abfinden wollen oder sich gegen Privatisierungen von öffentlichem Eigentum wenden; für Vereine, die sich für gleiche Rechte aller EinwohnerInnen Solingens einsetzen, egal welcher Herkunft sie sind; für Menschen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten und für Kirchengemeinden, welche die zunehmende Prekariisierung unserer Gesellschaft problematisieren. tacheles lädt ein zum Mitmachen. Schreiben Sie uns, senden Sie uns Ihren Beitrag für ein besseres Solingen - als Puzzleteil für eine bessere WELT!

tacheles-Redaktion

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Email: tacheles-solingen@gmx.de
 www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Ausgabe 46 - 1. Dezember 2008

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
 BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
 Konto-Nr. 546 4641

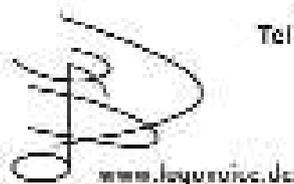
Fotos & Layout: Heinz Mähner

Logovoice
 Logopädie Stimmbildung Gesang

Antje Mallwitz

Parkstr.11, 42697 Solingen-Ohligsa
 Tel.: 0212/642 30 33 Fax.: 0212/642 3034

Behandlung aller Störungsbilder
 alle Klassen





WARUM HABT IHR NICHTS DAGEGEN GETAN?

Nachrichten können manchmal verwundern.

Lese ich doch Anfang November in Spiegel Online, dass die fortschreitende Abholzung des Regenwaldes nicht nur die Artenvielfalt reduziert und damit eine unserer wichtigsten Ressourcen zerstört, sondern darüber hinaus das Weltklima dem Kollaps näher bringt. Das ist mehr oder weniger bekannt, mag sein, dass es traurig und betrüblich ist, verwunderlich ist es nicht. Es ist ebenso überhaupt nicht erstaunlich, dass die Menschheit durch die Umweltzerstörung mehr Geld verliert als durch die aktuelle Finanzkrise - und das jedes Jahr. Darüber wird nicht gesprochen, aber es überrascht mich nicht wirklich. Auch dass der Regierungschef der Malediven darauf spart, sein ganzes Volk irgendwohin umsiedeln zu können, da es für die Inselkette mit den Traumstränden vermutlich bald Land unter heiß - das passt ins Bild. Alles traurig, aber wahr. Verwunderlich wird es in dem Moment, da ich - nur einen Tag nach der Malediven-Meldung - im gleichen Blatt lese: "Strategieplan: EU-Kommission schraubt Energiesparziele zurück".

Nachrichten können manchmal verstören.

"Warum habt ihr nichts dagegen getan?", haben wir damals unsere Eltern gefragt. "Warum habt ihr nicht die Unmenschlichkeit verhindert, warum habt ihr Euch nicht gegen den Krieg gestemmt? Warum habt ihr keinen Widerstand geleistet?" Wir fühlten uns moralisch im Recht zu diesen Fragen, haben wir doch gesehen, wohin das Schweigen, wohin Opportunismus oder falsche Ideale geführt hatten. Am Ende standen wir nicht nur vor dem Zusammenbruch einer Epoche, sondern vor dem größten Trauma Europas, vor Not, Elend und dem nackten Kampf ums Überleben.

Unseren Eltern haben wir Verantwortung aufgebürdet. Auch die, die einfach nur leben und überleben wollten, haben wir schuldig gesprochen. Heute scheinen wir wieder vor einer Katastrophe zu stehen. Wir haben viele bedrohliche Indices auf der Patientenkartei unseres Planeten. Da sind Hunger und Elend für breite Massen, da ist die Gefahr der Verwahrlosung weiter Teile der Bevölkerung in den Industriestaaten, wieder beginnendes Wettrüsten, weltweiter Terror, Klimakatastrophe...

Vielleicht ist die Liste zu lang, um noch Schwerpunkte zu setzen? Kommt daher die Lethargie, das große Schweigen, der nicht vorhandene Aufschrei der Massen?

Wahrscheinlich sollten wir zuerst und vor allem unsere Lebensgrundlagen bewahren. Wir auf der Erde haben einen gemeinsamen "Feind", nämlich die gestörte und geplünderte Natur, deren Vergewaltigung und Ausplünderung sich jetzt gegen uns wendet. Wir müssen zusammenhalten gegen die Krankheit, die wir selbst geschaffen haben. Aber nichts davon scheint zu passieren. Auf der oberen politischen Ebene ergeht man sich in Wort- und Machtspielereien, auf der unteren Ebene versucht man die offenkundigen Tatsachen soweit es geht zu ignorieren. Solange uns keine



Wandbild an der Gesamtschule Solingen, Wupperstraße

Wirbelstürme heimsuchen, die Küste nicht neuerdings vor der eigenen Haustür liegt und die Breite der Nahrungsmittelauswahl nicht nachzulassen scheint, lässt sich alles verdrängen. Der Mensch scheint so gestrickt, dass er sein Handeln gerne nach seinem eigenen Wohlbefinden richtet. ("Solange der Zahn nicht schmerzt, gehe ich auch nicht zum Arzt.")

So scheint es. Der Mensch hat aber auch eine andere Seite, die, die ihn sesshaft werden ließ, die ihn heiß, Nahrungsmittelvorräte anzulegen und sie vorausschauend zu verwalten. Die ihn Werte finden lässt und ihn heißt, danach zu handeln.

Wir sind "das Volk". Wir sind die, die die Folgen unseres Handelns ausbaden müssen. Wir werden später gefragt, was wir getan haben, um eine Katastrophe zu verhindern. Später, wenn Krankheiten zunehmen, unsere Kinder

an Allergien sterben, an den Folgen von Krebs, bei Wirbelstürmen oder durch Missernten. "Was habt ihr dagegen getan?" Was sollen wir ihnen dann sagen? "Es war so einfach, so wie es war - da hatte keiner Lust, was zu tun."?

Wir brauchen Veränderungen. Da reicht es nicht, an die Verbraucher zu appellieren, ihre Konsumgewohnheiten zu ändern. Wie lange sollen die daran üben? Wir werden noch trainieren, unsere Lebensgrundlagen zu schonen, wenn die schon gar nicht mehr vorhanden sind.

Was wir brauchen, ist eine andere Politik, wir brauchen eine andere Form des Wirtschaftens, und vor allem: ein anderes Verständnis vom Leben.

Es möge mir auch keiner erzählen, es würde am Geld scheitern. In der Finanzkrise zeigt sich, was locker gemacht werden kann. Jetzt wäre auch die Chance zur Weichenstellung. Ideen gibt es genug, "alternative" Konzepte auch. Was passiert? Weitermachen wie bisher.

Wir brauchen kein Wirtschaftswachstum, das uns die Luft zum Atmen nimmt, unser Essen vergiftet, unser Wasser verseucht. Wir brauchen ein

Wirtschaften, das allen gerecht wird und die Erhaltung der Lebensgrundlagen zum Maßstab nimmt. Wir scheinen alle in Sachzwängen zu stecken, auf die wir keinen Einfluss haben. Ob das so stimmt? Wer behauptet das und warum? Es gibt doch Menschen, die sich um Alternativen bemühen. Werden sie gehört? (Wird es überhaupt zugelassen, dass sie gehört werden?)

Wir müssen zu einer Bewegung werden, wir müssen Forderungen stellen, uns einmischen, unbequem sein. Wir sind so viele, die ähnlich denken, aber die meisten von uns sind allein. Wir müssen uns finden, wir müssen schreiben, wir müssen aufmucken. Die Dinge benennen, die nicht stimmen. Möglichkeiten dazu gibt es viele.

Wir tun es für uns.

Sabine, November 2008

CDU UND SPD: WEITERE 500.000 € JÄHRLICH BEI DEN BUSSEN SPAREN!

Das Busangebot in Solingen wird von CDU und SPD erneut massiv bedroht. Die Neuaufstellung des kommunalen Nahverkehrsplans ist seit fünf Jahren überfällig, sie wurde mehrmals verschoben. Im nächsten Jahr, pünktlich *nach* der Kommunalwahl wird sie auf die Tagesordnung kommen. Die Vorgabe des Haushaltsentwurfs 2009/10, der zurzeit beraten wird und im Dezember verabschiedet wird, macht deutlich, wohin die Reise gehen soll: Erneut sollen mit der Sparmaßnahme "Standardabsenkung ÖPNV (Änderung Nahverkehrsplan)" Jahr für Jahr zusätzlich 500.000 € beim Solinger Busverkehr eingespart werden. Der Plan, darüber hinaus weitere 210 000 € jährlich einzusparen, wurde dagegen, nicht weiter verfolgt. Dennoch setzt dies die Sparpolitik beim Solinger Busverkehr in unverantwortlicher Weise fort. Erst im Oktober des letzten Jahres wurden einschneidende Kürzungen im Fahrplan des Spätverkehrs und des Frühverkehrs gegen den Protest hunderter BürgerInnen, des Jugendstadtrates, des Senioren- und des Behindertenbeirates und gegen die Stimmen der Grünen, der BfS und der FBU durchgesetzt. Diese Kürzungen erbrachten jedoch nur ca. die Hälfte der Einsparsumme von 500.000 €, die im kommenden Jahr durchgesetzt werden soll. Sollte diese Maßnahme beschlossen und umgesetzt werden, wird der Kahlschlag im Solinger Busangebot die Attraktivität des Nahverkehrs in Solingen massiv verschlechtern. Dies ist die reale Klimapolitik von CDU und SPD vor Ort: Der klimaschonende, stadtverträglichere und flächensparende Öffentliche Personen-Nahverkehr wird weiter abgebaut. Dabei macht auch der demografische Wandel mit der anteiligen Zunahme von älteren Menschen einen Nahverkehr, der alle Wohngebiete erreicht, immer dringender. Der Anteil der ärmeren Menschen, die z.B. mit geringeren Renten auskommen müssen, wird ebenso weiter ansteigen, auch dies erfordert ein bezahlbares Mobilitätsangebot für Alle.

Wenn viele sich wehren ...

Statt den Nahverkehr weiter abzubauen, benötigt Solingen eine Marketing- und Attraktivierungskampagne für den Nahverkehr. Es gibt zahlreiche Ideen von BürgerInnen, Verbänden und Initiativen, wie das Image und die Nutzungszahlen des Solinger Busverkehrs erhöht werden können, nur für die Ratsmehrheit ist dies kein Thema.

Notwendig ist auch endlich ein Sozialticket für Menschen, die mit den Mitteln des Hartz IV-Satzes auskommen müssen. In Städten

wie Köln und Dortmund wurde es schon eingeführt. Wenn CDU und SPD dies in den VRR-Gremien nicht weiter blockieren würden, könnte es ohne zusätzliche Kosten für die Städte eingeführt werden. Denn damit werden zu ermäßigten Preisen neue Kunden gewonnen, die sich die Busfahrt sonst nicht leisten könnten.

Um der Stimme der NahverkehrsnutzerInnen ein größeres Gewicht zu geben, wäre es wichtig, dass Solingen sich dem Beispiel vieler anderer Städte anschließt und einen Fahrgastbeirat bildet. Die Meinungen der NutzerInnen der Busse und Bahnen müssen u.a. bei der im kommenden Jahr stattfindenden Neuaufstellung des Nahverkehrsplans mit Fragebögen in den Bussen und in öffentlichen Versammlungen eingeholt werden.

Die Unverfrorenheit, mit der CDU und SPD den Abbau des Nahverkehrs betreiben, zeigt vor allem eins: Sie glauben, dass die BusnutzerInnen schwache Opfer sind, die sich nicht wehren können. Die Flut von Beschwerden und Leserbriefen bei der letzten Kürzung hat indes gezeigt, dass die Menschen sich dies nicht mehr klaglos gefallen lassen. Wir brauchen jetzt eine starke Lobby für den Busverkehr in Solingen, die um den Erhalt und die Attraktivierung des Angebotes kämpft. Wir brauchen viele Aktivitäten von Einzelpersonen und Gruppen, die in Leserbriefen, Presseerklärungen und Protestaktionen gegen die geplanten umweltfeindlichen und unsozialen Kürzungen eintreten.

Dietmar Gaida



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen



"PRIVAT VOR STAAT"

In Zeiten der Finanzkrise scheint der Slogan "Privat vor Staat" aus der Mode gekommen zu sein. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis die bis vor kurzem "knappen" Mittel verbraucht sind und mit großem Druck die nächste Runde der Privatisierung eingeleitet wird. Der Öffentliche Besitz wird weiter verschachert werden, diesmal weil die Finanzkrise große Löcher gerissen hat. Wie andere Kommunen wird Solingen weiter unter Druck geraten und der Ausverkauf wird weitergehen.

Noch vor wenigen Monaten stand das "Privat vor Staat" - Dogma vor allem in FDP, CDU hoch im Kurs, allen voran bei Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Seit kurzem jedoch gilt der Staat als rettender Anker für die Wirtschaft und niemand spricht noch offen von der "Effizienz", der "Dynamik" und den "selbstreinigenden Kräften" des Marktes. All jene, die sich vor kurzem die "Einmischung" des Staates noch verboten haben, stehen nun Schlange, um ganz offen die Risiken auf die Allgemeinheit abzuwälzen. So wird jetzt das Geld der Allgemeinheit in eine Maschinerie gepumpt, die nur in einer Hinsicht gut funktioniert: Kapital und damit Macht auf Wenige zu konzentrieren und damit die demokratischen Strukturen nachhaltig auszuschalten. Die Öffentliche Hand wird quasi von der "unsichtbaren Hand" des Marktes über den Tisch gezogen.

Die Hardliner haben nur Kreide gefressen

Trotz einer wahrnehmbaren Zurückhaltung in sogenannten Expertenrunden hat ein grundlegendes Umdenken nicht stattgefunden. Im Gegenteil bemühen sich die neoliberalen Kräfte, die derzeitige Krise als eine Art unvorhersehbare Katastrophe darzustellen und sagen geradezu den Untergang der Zivilisation voraus, sollte der Staat nicht bereit sein, das marode System der Gewinnmaximierung um jeden Preis zu stützen. Offenbar wird Angst geschürt, um einen weiteren großen Coup zu landen. Die Bürger sollen nun für die Verluste einstehen, ohne dass ihnen über die Politik ein Mitspracherecht gesichert wird. Eine zentrale Frage wird dabei elegant umgangen: Wo ist all das Geld denn hin? Wo ist zum Beispiel die Millionenerüberweisung der KfW Bank an die Lehmann Brothers geblieben? Kleinanleger sehen davon nichts und in Luft haben sich die Euros auch nicht aufgelöst. In den Medien in diesem Fall und den anderen Pleiten tüchtig die Redewendung nachgeplappert das Geld sei "verbrannt" - doch das ist schlicht Desinformation. Das Geld ist nicht weg, es ist woanders. Es sammelt sich unbeeindruckt von Krisen kontinuierlich in wenigen Händen und ein Großteil wurde längst über Umwege wieder investiert. Wo? Nun ja, die Profite mussten natürlich in Werte umgewandelt werden, schließlich ist Geld durch Inflation viel zu gefährdet. Neben Rohstoffen, Patenten und Grundbesitz sind die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sichere Häfen für die angehäuften Reichtümer. Hier erklärt sich dann auch der in



den letzten Jahren gewachsene Druck auf das öffentliche Eigentum. Der Besitz von Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsnetzen, Rathäusern, Müllverbrennungen, Kanalnetzen, Krankenhäusern, Schwimmbädern, Sicherheitsdiensten und all den anderen ehemals öffentlichen Einrichtungen zahlt sich langfristig aus. Ihr Besitz bietet höchste Sicherheit und garantierten Profit. Die Lebensadern der Gesellschaft stückchenweise zu übernehmen und langfristig zu kontrollieren ist das ultimative Investment - und das Ende der demokratischen Strukturen.

Kommunale Nestbeschmutzung

Dies geschieht seit Jahren auf nahezu jeder Ebene, und mit jeder Privatisierung verliert auch die Solinger Öffentlichkeit Möglichkeiten zur Einflussnahme. Es ist ein dauerhaftes Thema auf kommunaler Ebene, das die tacheles seit Jahren begleitet. Den SolingerInnen wurde diese totale Verwertungslogik auf verschiedene Weise untergejubelt: Als Versuch von zwielfichtigen Leasingverträgen (tacheles 26, 27, 38), Derivatgeschäften (tacheles 41, 44), Verträgen mit halbseidenen Investoren (SINAS AG tacheles 42, 43) oder dem Verkauf von öffentlichen Wohnungen (tacheles 38). Viele dieser oftmals dubiosen Vorgänge wurden von den Verantwortlichen in Politik und Ver-

waltung mit großer Energie betrieben und unsere Berichterstattung als "Nestbeschmutzung" gesehen. Im Fall der Cross-Border-Leasing-Geschäfte, die quasi in letzter Minute abgesagt wurden, ist die Stadt knapp einem Desaster entgangen, das nun über viele andere Städte hereinbricht. Die Immobilien sind weg, die Banken sind pleite, der Gewinn ist verprasst - was bleibt sind Schulden. Man sollte meinen, die Stadtoberen würden aus Fehlern lernen, es ist jedoch zu befürchten dass sie auf den nächsten billigen Trick hereinfallen und mit Inbrunst den falschen Weg weiter beschreiten. Von der etablierten Presse ist auch in dieser Hinsicht wenig zu erwarten, sie wird über das Debakel erst schreiben, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und sich in der Zwischenzeit ihre LeserInnen mit braver Hofberichterstattung einullnen. Abhilfe verspricht lediglich öffentliches Engagement wie zum Beispiel die Bürgerinitiative gegen Privatisierung. Erst wenn akut Betroffene zusammenfinden und Kritik öffentlich formulieren, besteht eine Chance, den fatalen Entwicklungen entgegenzuwirken.

sj



Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Confit

Systembau
Konventionell
Kombiniert



alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

WELTWEITE FINANZKRISE UND SOLINGER KOMMUNALPOLITIK

Am 8. Oktober widmete die FAZ ihren großen Leitkommentar auf Seite 1 der gegenwärtigen Finanzkrise:

"Es ist nichts Neues, dass der Staat nicht alles schlecht und Private nicht alles besser machen. Die Wäscherei eines Gefängnisses oder die Logistik der Bundeswehr mag man ausgliedern. Doch überwiegen die Kostenvorteile (schon die sind umstritten) die Nachteile für das Gemeinwesen? Gerade wenn es nicht gut läuft, in Zeiten der Not, ist es umso wichtiger, dass bestimmte Güter für alle zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt der Blick auf den schnellen Euro hat auch die öffentliche Hand dazu verführt, Partnerschaften mit der Privatwirtschaft einzugehen. Sie ist sogar dazu verpflichtet, ständig zu überprüfen, wie sie ihren Aufgaben, auch der Gewährleistung wichtiger Güter, am besten nachkommen kann. Das darf aber nicht geschehen, indem der Staat vor allem die Risiken übernimmt.

In der Finanzkrise schlüpft nun der Staat wieder in seine altbekannte Rolle als Hüter des Gemeinwohls. Nicht nur Sozialisten erinnern sich an gar so entlegene Vorschriften des Grundgesetzes: Es gewährleistet das Eigentum, erlegt aber auch die Pflicht auf, "sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen". Zu diesem Zweck darf der Staat sogar (gegen Entschädigung) enteignen. Kein Recht ohne Pflicht. Ja, Grund, Boden und Produktionsmittel können "zum Zweck der Vergesellschaftung" in Gemeineigentum überführt werden. [...]

Die neue Liebe zum Staat ist auch eine zur Regulierung. Das Wort hatte bis vor kurzem noch einen üblen Klang, etwa wie *Strangulierung*. Nun ist eine stärkere, gerade auch internationale Kontrolle des Finanzsektors in aller Munde. Das birgt zweifellos auch Gefahren, ist aber verständlich angesichts der bisherigen Tendenz, Gewinne zu individualisieren, Verluste aber zu sozialisieren."

Soweit die "Bibel des Großkapitals", die "gute alte Tante FAZ", die führende konservative Tageszeitung Deutschlands. Käme dieser Kommentar nicht gerade aus dieser Zeitung, dann könnte man gut meinen, die FAZ habe von einem der zahlreichen Flugblätter der Bürgerinitiative "Solingen gehört uns" in den letzten 12 Monaten abgeschrieben. Alle diese Erkenntnisse kommen spät, aber vielleicht nicht zu spät und man kann die FAZ nur nachdrücklich bitten, Mitglied der Solinger Bürgerinitiative zu werden.

Erst drei Tage später "traute" sich die liberale "Süddeutsche Zeitung" in das gleiche Horn zu stoßen wie die konservative FAZ. Mit ande-

ren Worten: Das Großkapital (FAZ) versteht die Bedrohung seiner eigenen Existenz viel besser und radikaler als das liberale Bürgertum (SZ). Und in der SZ steht der entsprechende Kommentar versteckt im Innenteil auf Seite 4, nicht so stolz wie bei der FAZ auf deren Seite 1. Da heißt es also:

"Staat und Staaten werden wieder zum Vertrauensanker - weil sie es sind, die die Regeln setzen, aussetzen, neu machen und hoffentlich auch durchsetzen können. Es ist dies kein irrationales Vertrauen. Der staatliche Anker ist ja nicht Fiktion, sondern vorhanden. Der

1. Gemessen am Argumentationsniveau der Bürgerinitiative "Solingen gehört uns" oder dem der FAZ und der SZ war das Argumentationsniveau der Ratspolitiker von CDU, SPD und FDP in der Ratssitzung am 11. September 2008, in der das Bürgerbegehren abgelehnt wurde, schlicht und einfach erbärmlich niedrig. (Das gilt ganz besonders für die beiden Beiträge von Fabian Kessler und Bernd Krebs von der CDU-Fraktion.) Man wird für die Zukunft wünschen dürfen, dass die gewählten Ratsvertreter von CDU, SPD und FDP wenigstens das Niveau von FAZ und SZ aufweisen.

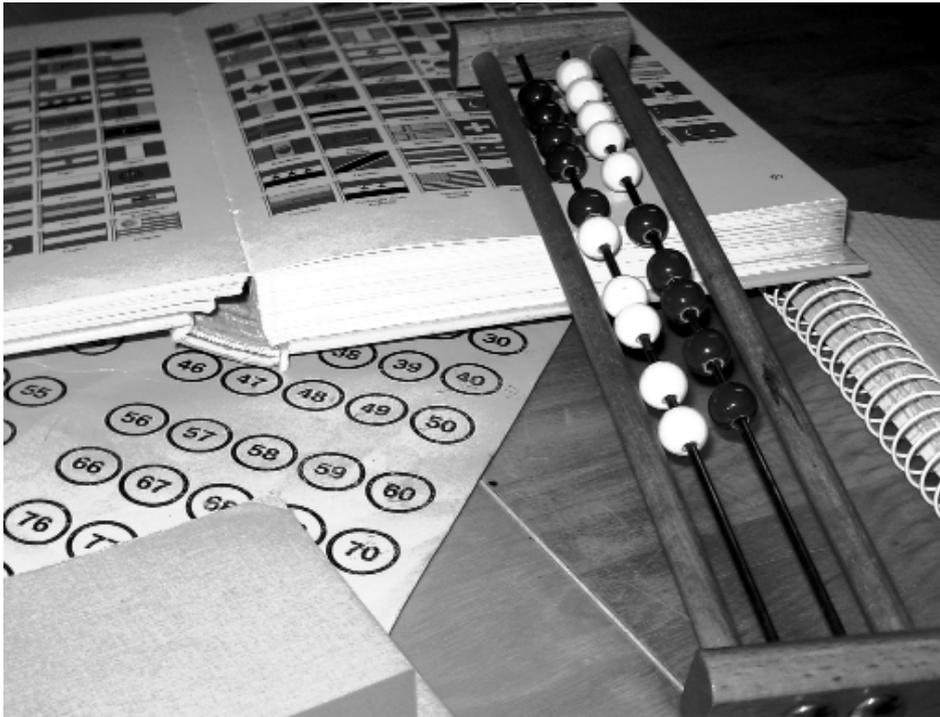


Staat hat ihn aber oft genug in den Sand geworfen in den vergangenen Jahren. Er hat sich in bisweilen unverantwortlicher Weise an die Wirtschaft ausgeliefert. Bund, Länder und Gemeinden haben sich verkauft, und dies mit dem Begriff 'Public Private Partnership' getarnt. [...] Kommunen haben sich mit seltsamen Leasing-Verträgen einem Markt ausgeliefert, den sie nicht überblicken konnten und können. Dutzende Stadtkämmerer wissen daher nicht, was im Gefolge der Finanzkrise auf sie und ihre Bürger zukommt. [...] Die Entstaatlichung der Daseinsvorsorge war eine Gefahr für die Demokratie, weil niemand mehr mit seiner Stimme Einfluss darauf nehmen konnte, was dort passiert; das entschied im schlimmsten Fall eine Briefkastenfirma auf den Kaimaninseln. Das kann nicht länger so sein."

Und spätestens mit den beiden Begriffen "Public Private Partnership" und "Daseinsvorsorge" ist man in der Solinger Kommunalpolitik gelandet. Man kann die weltweite Finanzkrise mit der Politik hier vor Ort an insgesamt sechs Punkten verdeutlichen:

Hier noch kurz eine spezielle Randbemerkung zu Herrn Oberbürgermeister Franz Haug: Er möge sehen, dass die SZ den Begriff "Daseinsvorsorge" durchaus kennt. Es bleibt das Geheimnis seines Gutachters Klaus Ritgen, warum man diesen Begriff juristisch nicht benützen kann.

2. Es ist Herrn Oberbürgermeister Franz Haug zu danken, dass er vor einigen Jahren in einem Alleingang das hier in Solingen geplante Cross-Border-Leasing-Geschäft mit einem amerikanischen Investor gestoppt hat. Hätte er das nicht getan, dann säße Solingen jetzt in derselben Soße, in die Recklinghausen soeben hinein gerutscht ist. Im Recklinghäuser Cross-Border-Leasing-Geschäft ist einer der amerikanischen Investoren in den letzten Tagen gerade geplatzt. Mal gucken, wer in Recklinghausen nun mit millionenschweren Sicherheiten einspringen kann; aber vielleicht ist Recklinghausen nun schon genauso pleite wie Island. Wohlgemerkt: Hier in Solingen war die Absage ein Alleingang von Herrn Haug, und geschah - soviel man weiß - gegen den Rat der beiden Finanzexperten Ernst



Schneider und Reiner Kirchner von CDU und SPD.

3. Angesichts der weltweiten Finanzkrise kann man von der Stadt Solingen erwarten, nicht länger hinter irgendwelchen Türen zu verhandeln und zu schwätzen, sondern wegen der verlorenen Zinswettengeschäfte nun endlich und definitiv Klage gegen die Deutsche Bank einzureichen.

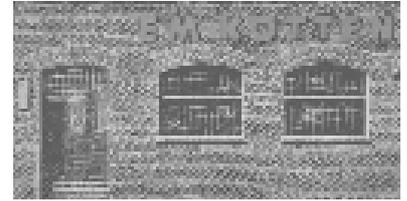
4. Bei Kooperationen zwischen deutschen Kommunen und Investoren wechseln die Investoren im Bundesdurchschnitt ihre Objekte alle 13 Monate. Genau diese schnellen Wechsel kennen wir in Solingen von den Clemens-Galerien. Es passt dazu, dass es bei den Clemens-Galerien in den acht Jahren ihrer Existenz sieben verschiedene Geschäftsführer gab. Dawnay Day, der jetzige Inhaber der Clemens-Galerie, hat im Juli 2008 Insolvenz angemeldet und in einigen Zeitungsartikeln ist außerdem von der Zahlungsunfähigkeit zweier Holding-Gesellschaften die Rede. Was wird nun aus der Clemens-Galerie? Was bedeutet das für die Finanzen der in der Clemens-Galerie beheimateten städtischen Bibliothek und der VHS?

5. Aus den gemachten Erfahrungen wird die Stadt Solingen hiermit aufgefordert, mit all diesen Investorenmodellen Schluss zu machen und wieder zu einer soliden und vernünftigen Haushaltsgestaltung zurück zu kehren. Konkret heißt das: Kein Schwimmbad-Investor, kein Investor für das Walder Rathaus und Beendigung der Verhandlungen mit dem Investor HLG für eine Ladengalerie als Karstadtnachfolger. Die meisten dieser Investoren holen sich ihre Kredite im hochrisikoreichen Geschäftsbereich des Investmentban-

king. Aber genau dieser Banksektor steht im Mittelpunkt der jetzigen Finanzkrise. Wer als Kommune weiterhin auf solche Partner setzt, handelt unverantwortlich risikoreich und unseriös.

6. Angesichts der weltweiten Finanzkrise, die die Kommunen so sicher treffen wird wie das Amen in der Kirche, ist die gegenwärtige Verabschiedung eines Doppelhaushaltes unverantwortlich und blind für die gegenwärtige Krise. Da zur Zeit eine verlässliche finanzielle Kommunalplanung beim besten Willen von niemand zu leisten ist, wäre das Gegenteil einer zweijährigen Langfristplanung sinnvoll. Also statt eines Doppelhaushaltes vorsichtige und höchst flexible Einzelschritte.

Jörg Becker



EM

KOTTEN

Neumarkt 9

42651 Solingen

Tel.: 0212-15582

weitere Infos unter

www.em-kotten.de



DER MENSCH ALS KOSTENSTELLE

Solinger Evangelische Kirche mit kritischen Stellungnahmen zu Finanzkrise und Globalisierung

Schon im vergangenen Jahr hatte die Solinger Kreissynode* eine Stellungnahme zum Thema Globalisierung vorgelegt. Unter dem Titel "Lust zu Gerechtigkeit" (eine neun Seiten starke Denkschrift, entstanden unter Mitwirkung von Vertretern des Industrieverbandes Schneidwaren, international agierenden Unternehmensberatern, Betriebsratsvorsitzende) verwies die Vorbereitungsgruppe auf den Hilferuf aus der indonesischen Partnergemeinde. Dort hatte es geheißen, dass die Asienkrise - eine Konsequenz liberalisierter globaler Finanzmärkte - eine "Tragödie" sei, die den wirtschaftlichen Erfolg der letzten zwei Jahrzehnte auf der Stelle versenkt und die Zukunftsperspektiven des Landes "umgekehrt" habe.

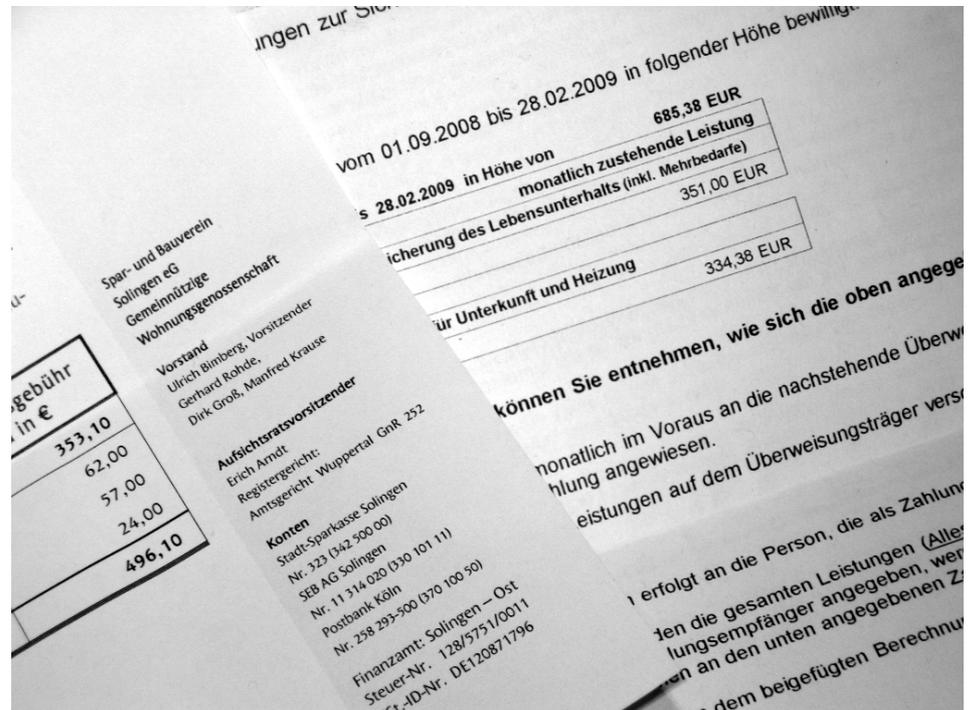
Zitiert wird der Ephorus (Bischof) Belman Purba Dasuha: "Negativ an der Globalisierung ist, dass die Länder, die die Macht haben, die armen Länder bestimmen können. So wird unsere Währung von Wallstreet beeinflusst. Dadurch sind viele Firmen in Wallstreet bankrott gegangen, was die Arbeitslosigkeit vergrößert hat. Es ist heute schwer, Arbeit zu finden." Des weiteren geht das Papier auf die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Sonderwirtschaftszonen ein, auf die Reduzierung des Menschen als Kostenstelle und die "Geiz ist Geil"-Mentalität, auch selbstkritische Betrachtungen werden nicht ausgespart.

Unter anderem heißt es: (Wir treten dafür ein), "dass bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen die Betroffenen (...) in ihren Lebensbedürfnissen, ihrer Würde und in ihren Rechten wahrgenommen werden." Dazu gehöre nicht zuletzt auch der Zugang zur Bildung.

(Wir treten) "für eine Art des Wirtschaftens ein, die den Menschen nicht als habgierigen Egozentriker gelten lässt und fördert. Wir halten ein Ende von Überfluss und Verschwendung für dringend erforderlich und sehen es auch nicht als abwegig und bedrohlich an, wenn im Rahmen einer gerechteren und zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung die Völker des Nordens mit den anderen teilen und dabei diejenigen, die im Wohlstand leben, auf einen Teil desselben verzichten."

Claudia

* Die Kreissynode ist das höchste kirchliche Entscheidungsorgan auf Kreisebene. Es setzt sich zusammen aus Vertretern der Gemeinden sowie der Diakonie





"DAS WAR WIE KINO"

tacheles im Gespräch mit Hassan Firouzkah, stellvertretender Vorsitzender des Solinger Integrationsrates

"Die sind so laut, die hören uns gar nicht." Hassan Firouzkah, gebürtiger Iraner mit deutschem Pass und seit acht Jahren Mitglied des Integrationsrates in Solingen, war zu Gast beim dritten Landesintegrationskongress, der wieder in Solingen stattfand. Daran nahmen über 100 Städte und Kreise teil, der Landesintegrationsminister Armin Laschet war zu Gast, und OB Franz Haug sprach ein Grußwort.

hin war es Minister Laschets CDU, die Firouzkahs Meinung nach den Migranten das Leben "schwer genug gemacht" habe. "Aber jetzt hat ausgerechnet die CDU plötzlich Angst, dass ausgebildete junge Türken ins Ausland gehen, weil sie sich hier nicht willkommen fühlen."

Firouzkah ist enttäuscht. "Der ganze Kongress hat etwas von Kino", findet er. Drinnen eine schöne warme Scheinwelt, wo sich alle gegenseitig die Hände schütteln, draußen wieder die raue Realität. Viele schöne Reden über Ausländer - von denen selbst konnten wegen des Termins während der Arbeitszeit nur wenige kommen. "Auch von den urchewählten Mitgliedern im Solinger Integrationsrat konnten nur drei teilnehmen. Ein Grußwort hat von uns keiner gesprochen. Wir waren auch nicht an der Auswahl der Solinger Integrationsvorbilder beteiligt."

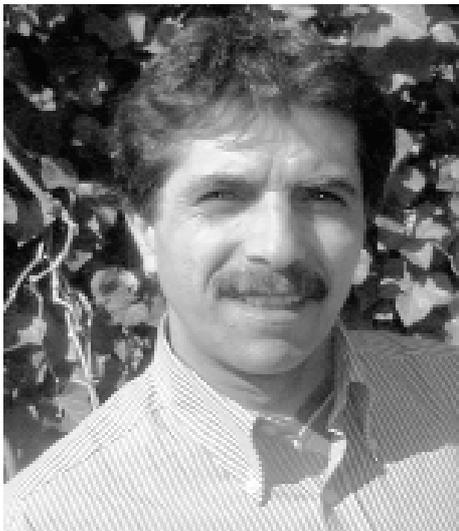
Der Kongress ist vorüber, für Hassan Firouzkah bleibt ein schaler Beigeschmack. "Seit Jahren fühlen sich die von der ausländischen Bevölkerung gewählten Mitglieder* im Integrationsbeirat nicht ernst genommen", sagt er und wundert sich daher besonders über den Begriff der "Diskussion", den OB Haug in seinem Grußwort verstärkt betonte. Sei es im Wunsch nach einem eigenen Printmedium für die Gewählten ("da wurden wir auf die offizielle Internetseite der Stadt verwiesen, in der noch nicht mal unsere Namen richtig ge-

schrieben waren"), sei es der Wunsch nach eigenen Räumlichkeiten oder gar die Forderung nach kommunalem Wahlrecht, für das sich die Stadt aussprechen sollte - "alles wurde diskutiert, abgelehnt, verschoben, zugestimmt und wieder neu diskutiert", sagt Firouzkah heute.

Es war ein Kongress der schönen Worte, findet Firouzkah, "bei dem sich alle gegenseitig die Hand schütteln. Es war ein Monolog, eine Diskussion mit den TeilnehmerInnen war nicht vorgesehen". Dabei sei in Solingen und in NRW noch viel zu tun.

Red

* Der Integrationsrat setzt sich aus neun Ratsmitgliedern sowie zehn von der ausländischen Bevölkerung gewählten VertreterInnen zusammen.



In den Beiträgen war die Rede von Obama als Beispiel für gelungene Integration, von Begegnungen mit taxifahrenden Türken und dem Einstellungsstopp bei NRW-Ministerien sowie von der Quotenregelung in Hamburg, wo ein bestimmtes Quantum für die Besetzung von Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst für Migranten vorgesehen ist.

"Lauter schöne Worte", findet Hassan Firouzkah. "Wenn Quotenregelung wünschenswert ist, wenn die Abschaffung des Sprachtests bei alten Leuten wünschenswert ist - warum setzt sich Minister Laschet nicht auf höherer Ebene dafür ein? Warum passiert nichts? Hier im Saal nutzen diese Aussagen nichts." Bezüglich Kommunalwahlrecht, Ausländerrecht, Einbürgerungsrecht - immer-

Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel: 0212 773635



Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

GYMNASIEN ABSCHAFFEN!

Gedanken zur (Re-) Produktion von Rassismus im Bildungssystem

Viele junge LehramtsstudentInnen, ReferendarInnen und WissenschaftlerInnen waren an einem Freitagabend Anfang November nach Köln in die "alte Feuerwache" gekommen. Universität Köln, Fachhochschule Köln und die Forschungsstelle für Interkulturelle Studien der Universität Köln hatten zum Thema: "(Re-) Produktion von Rassismus - was heißt rassismuskritische Bildung in Schule und Jugendarbeit?" eingeladen. Drei ProfessorInnen aus drei Städten waren gekommen, mit dem interessierten Publikum über diese Frage zu diskutieren. Der folgende Beitrag ist als eine Reflexion der an diesem Abend diskutierten Statements entstanden.

"Heterogenität als Chance" (Prof. Dr. Susanne Thurn, Laborschule Bielefeld)

Nein, die Misere unseres Bildungssystems soll an dieser Stelle nicht in gängiger Weise thematisiert werden. Oft genug haben wir in den vergangenen Wochen immer wieder in den Medien aller Couleur zur deutschen Bildungsproblematik lesen können.

Die Erkenntnis ist alt und mehr als wissenschaftlich belegt - und sie entspricht unserem gesunden Menschenverstand: Die Förderung der Heterogenität im Schulsystem wäre (eine) Lösung unserer Schwierigkeiten - die integrierte Gemeinschaftsschule, die ohne Ansehen der sozialen und ethnischen Herkunft Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen lässt, individuell fördert - diese Form der Schule ist zukunftsweisend, sie fördert Potentiale statt Defizite. Sie fördert Kompetenzen, die wir in einer Gesellschaft benötigen, die Gleichberechtigung anstrebt und intelligent, sozial und ökologisch wirtschaften möchte.

Aber vielleicht sagen wir es doch noch mal: In keinem europäischen Land hängt der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Da ändern auch die halbherzigen Bemühungen der Landesregierung nichts daran, die unter den Labels "KiBiZ" und "Offener Ganztag" das Bildungsproblem nicht annähernd lösen.

"Engagierte PädagogInnen werden in Verhältnisse gezwungen, die sie zynisch und burnout-gefährdet machen" (Prof. Dr. Albert Scheer, PH Freiburg)

Im Gegenteil wird die Selektion im Schulsystem weiterhin fast akribisch betrieben und spätestens bei Kindern im Alter von 10 Jahren vollzogen, meist schon viel früher, u. a. bedingt durch sozial segregierte Wohngebiete, die eine soziale Heterogenität bereits in den Kindertagesstätten nicht zulässt. Eigentlich müsste der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in allen Tagesstätten mittlerweile bei 50 % Prozent liegen.. Das ist aber schon deshalb nicht der Fall, weil eine freiwillige Segregation auf Seiten der Besserverdienenden und des Bildungsbürgertums zu konstatieren ist, die soziale Heterogenität in den Einrichtungen verhindert. Auch die Auflösungen der Schulbezirke könnten immer mehr zu dem Effekt führen, dass diejenigen Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in andere Bezirke kutschieren, wo es



weniger "soziale Problematiken" gibt, während der große "Rest" dazu verdammt ist, mit "Ihresgleichen" in überfüllten Klassen zu sitzen. Auch der engagiertesten Lehrerschaft gelingt es hier kaum, auch die schwächeren Schülerinnen adäquat zu fördern und Begeisterung für das lebenslange Lernen zu wecken.

"Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt ihren Kurs der Qualifizierung der Hauptschule konsequent fort" (CDU, NRW-Fraktion)

Richten wir unseren Blick auf die Kommunalpolitik, präsentiert sich auch hier, wie auf Landesebene, folgendes Bild: Insbesondere die CDU hält verbiestert und kompromisslos - und vor allem ohne gute Argumente - am gegenwärtigen spalterischen Schulsystem fest.

Bedenklich erscheint hier vor allem, dass bei der Verteidigung des Hauptschulsystems auf "praktische Intelligenz" der entsprechenden SchülerInnen verwiesen wird und "man akzeptieren müsse, dass Kinder unterschiedliche Begabungen haben" (siehe Landtag intern). Bei solchen Argumenten stellen sich

bei aufgeklärten Menschen die Nackenhaare vor Entsetzen auf - heißt dies dann doch im Umkehrschluss, Migrantenkinder haben in der Regel (ererbte) praktische Begabungen und deshalb auf dem Gymnasium nichts zu suchen, da hier andere Talente gefragt sind. Sozialdarwinismus lässt grüßen!

Und auch der Spektrum Bildungsverein bietet mit seinen Bestrebungen nach einer Privatschule keine sozial gerecht Perspektive. Ebenso wie die CDU möchten sie allein die "Guten" fördern. Aber selbst mit angekündigten Stipendien für leistungsstarke aber sozialökonomisch benachteiligte Kinder wird letztlich nur das Weiter reproduziert, was uns jeden Tag begegnet: eine frühzeitige Spaltung der Gesellschaftsmitglieder in Gleiche und Ungleiche, und dies direkt vor unserer Haustür, in der Privatschule, in den Gymnasien... nebenan.

"Mehrsprachigkeit und die Vielfalt lingueller Disponiertheiten ist auf Dauer eine zentrale Herausforderung für das Bildungssystem" Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Innsbruck.

Die soziale Mischung ist jedoch nur ein Aspekt. Eine weitere Problematik besteht weiterhin darin, dass das bestehende Bil-



dungssystem bestehende Heterogenität nicht anerkennt, bzw. sie nicht in angemessener Weise aufgreift. Ein Beispiel ist hierfür die monolinguale Ausrichtung der Schule, die anderen Sprachen als dem Deutschen im besten Falle die Rolle der Fremdsprache zuweist. Die Anerkennung des "Türkischen" als gleichwertige Sprache würde der Realität an manchen Schulen mehr entsprechen, als die Förderung der englischen Sprache ab der 2. Grundschulklasse.

"Ein Roma-Kind aus dem Übergangsheim neben meiner Tochter??" (fiktive Sprecherin, Unterbewusstsein)

Dieses Beispiel ist nicht zufällig gewählt. Mit der Benennung des "Romakindes" wird das rassistische Dilemma unseres Bildungssystems (und unserer Gesellschaft) auf den Punkt gebracht. Das "Romakind" offenbart unsere alltäglichen rassistischen Zuschreibungen. Alle wissen, was mit "Romakind" gemeint ist. Wenn ein Hauptschullehrer erzählt, er habe sechs Romakinder in einer Klasse, erfassen die Zuhörenden sofort die Situation, ohne dass noch mehr dazu gesagt werden muss. Die Zuschreibung "Romakind" umfasst somit einerseits eine unzulässige Reduzierung (auf dass, was alle meinen, zu wissen...) und gleichzeitig bedeutet es die reale Verschränkung der Herkunft mit den sozialen

Verhältnissen. Punktum; Rassismus ist uns nicht äußerlich und ein Problem, das lediglich von Rechtsextremen ausgeht. Nein, jeden Tag reproduzieren wir die Verhältnisse mit den entsprechenden Zuschreibungen neu. Selbst mit der anscheinend neutralen Form der Zuschreibung: "der Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte" wird die Misere offenbar, in der wir stecken. Mal abgesehen davon, dass wir in aller Regel nicht die Franzosen und Kinder der japanischen Geschäftsleute mit entsprechenden Zuschreibungen meinen, konstruieren wir so täglich das oder den Andere(n). Nicht immer, aber oftmals meinen wir dabei eigentlich die ärmlicheren sozialen Verhältnisse, die schlechteren Wohnbedingungen, die prekäreren Arbeitsplätze, durch die das Leben der Anderen geprägt ist, ohne aber diese Verhältnisse konkret zu benennen.

"Institutionelle Selbstreflexion" ist der Schlüssel

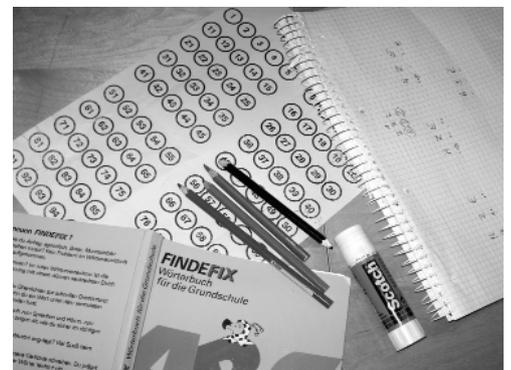
Eine neutrale Zuschreibung bzw. Differenzierung gibt es nicht, im Gegenteil verwendet die Schule die "Differenz zwischen "ethnisch fremden" und "nicht-fremden" Kindern im Zuge ihrer (Selektions-) Entscheidung in einer Weise (...), die für die "ethnisch Fremden" in der Regel Nachteile mit sich bringen. (Paul Mecheril).

Nur wenn die Pädagogen und Pädagoginnen

in den Bildungsinstitutionen bereit sind, sich diesen Realitäten zu stellen, sich stets kritisch mit ihrer eigenen Rolle auseinandersetzen und sich die Selektions-, Zuschreibungs- und Diskriminierungspraxen immer wieder bewusst machen, kann der Weg zu einem besseren Bildungs- und Gesellschaftssystem beschriftet werden. Forderungen nach der Abschaffung der Hauptschule sind dabei nur ein Ansatzpunkt, vielmehr ist das bestehende Bildungssystem in seiner Gänze in den Fokus zu nehmen, denn die tatsächlichen Ausgrenzungen finden an "anderen Orten" statt.

Literaturtip: Paul Mecheril (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim

T. Rasa



Wer einmal Lust auf die etwas andere Geburtstagsgestaltung hat, ist bei uns richtig. Ein Tag mit viel Spaß im Gelände und Euer Geburtstag bleibt allen in Erinnerung!

PRESSEMITTEILUNG ZUR LETZTEN INTEGRATIONS-RATSSITZUNG

Die Öffentlichkeit und Presse war erstaunt über die schlechte Stimmung und über die zähen und langwierigen Diskussionen in der letzten Integrationsratssitzung. Wir sind ebenfalls erschüttert über den Verlauf, den die Sitzung nehmen musste. Doch wir möchten hierzu einigen Punkten Stellung nehmen und damit für ein wenig Transparenz sorgen. Vielleicht wird dann klar, warum die Debatte so hitzig verlaufen musste und warum manchen Mitgliedern des Integrationsrates förmlich der Kragen platzte.

Zum Thema Protokoll:

Leider war in der Sitzung eine Nachbesserung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung notwendig, weil wichtige Ergebnisse der Beratungen nicht aufgenommen worden waren. Dies war u.a. in zwei Fällen notwendig: So im Fall des im vorangegangenen Integrationsrates getroffenen Beschlusses, die Auswahl derjenigen Gutachter, die eine Evaluation des Integrationskonzeptes durchführen sollten, im Integrationsrat zu beschließen. Ebenso tauchte die Einigung auf die Durchführung einer kommunalen Integrationskonferenz im Protokoll nicht auf.

Zum Thema Schaukästen:

Bereits in mehreren Sitzungen ist der Wille des Integrationsrats, Schaukästen für die Öffentlichkeitsarbeit der direkt Gewählten zur Verfügung zu stellen deutlich geworden. Es macht durchaus Sinn die Solinger mit Migrationshintergrund an einigen exponierten Orten, in dieser Form auf Sitzungstermine und Ansprechpersonen aufmerksam zu machen. Dies machen die Bezirksvertretungen schließlich auch. Es ging den Urgewählten bei diesem Antrag nicht darum, hier möglichst viel Geld für Schaukästen auszugeben, sie hätten sich auch mit einem von den Bezirksvertretungen zu Verfügung gestellten Schaukästen begnügt. Der Wunsch wurde jedoch immer

wieder torpediert. Die Verwaltung blockierte immer wieder den Versuch die dazu notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. In der Verwaltungsempfehlung zur Preisgeldvergabe für die Sitzung am Montag, 13.10.08, wurde dann der frühzeitig schriftlich gestellte

Urgewählten nicht mehr zum Ausdruck kommen.

Zum Thema Anträge:

Das Problem war der Verwaltungsvorschlag, dem Schulamt eine ziemlich große Summe für Sachkosten zu gewähren und im Gegenzug dem Antrag der Urgewählten nach einem Bildungsfonds einen ziemlich großen Betrag abzuziehen. Eine Vertreterin vom Schulamt war nicht anwesend, was eine Behandlung des Antrages nach den Regeln des Zuwls eh schon ausschloss. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum sich die Verwaltung gegen die Kriterien wandte und den Antrag des Schulamtes behandeln wollte und sogar bis auf das Äußerste verteidigte, obwohl Sachkosten für Schulmittel auch über andere Töpfe leicht zu beantragen sind.

Der Antrag der Urgewählten für die schwächste Gruppe der Gesellschaft, mit dem sie schwerpunktmäßig Flüchtlingskinder bei ihrer Bildungslaufbahn unterstützen möchten, wirkte hier schon fast symbolisch wie David gegen Goliath. Und mit welchen Mitteln dann insbesondere die Ratspolitiker versuchten, einen "Kompromiss" herbeizuführen hatte einen herrschaftlichen und unverschämten Stil, so mancher Urgewählte fühlte sich oder wurde tatsächlich nicht einbezogen.

Wut, Empörung und Trotz auf der Seite der Urgewählten werden vor dem Hintergrund dieser Geschichte plötzlich erklärbar und verständlich. Leider ist es nicht das erste und wahrscheinlich auch nicht das letzte Mal, dass das Ungleichgewicht von Parteien, Verwaltung und Urgewählten im Integrationsrat so deutlich wird.

Salvatore Aurelio, Aynur Avci, Hassan Firouzkah

Urgewählte Mitglieder des Integrationsrates

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Neue Grundstufe Weiterbildung Psychodrama. Anmeldung ab Januar 2009.

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: info@friedel-geisler.de

Internet: www.friedel-geisler.de

Antrag der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates auf Bereitstellung von Finanzmitteln für die Schaukästen als einziger von 16 Anträgen komplett abgelehnt. Die Verwaltung zweifelte in der Vorlage wiederum den Sinn von Schaukästen an, ein Vorschlag für die Bereitstellung von Finanzmitteln dafür wurde nicht gemacht. Hinzu kam die paternalistische und bevormundende Äußerung der CDU, es sollen sich dann jetzt auch direkt Urgewählte melden, die den Schaukasten pflegen, die das Fass zum Überlaufen brachte. In Folge der Auseinandersetzung zum Antrag auf Finanzierung der Schaukästen wurde immerhin festgehalten, dass der einstimmige Wille besteht, die Schaukästen zu finanzieren und es wurde eine kleine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet. Die Diskussion war also nicht ganz erfolglos.

Es kann nicht sein, dass Beschlüsse der Direktgewählten immer wieder von Verwaltung und Ratspolitikerin in Frage gestellt werden und letztlich Anträge so vorformuliert werden, dass der Wille und sogar Beschlüsse der



CO-PIPELINE – DER AKTUELLE STAND

Eigentlich sollte die CO-Leitung ja schon seit Ende 2007 im Betrieb sein; jedenfalls wenn es nach den Vorstellungen von Bayer und der Bezirksregierung Düsseldorf und nicht zu vergessen der Landtagsfraktionen von CDU, FDP und SPD ginge. Das hat auch die letzte Sondersitzung des Umweltausschusses am 27. November 2008 gezeigt.

Baumängel und keine Folgen?

Dazu hatte die Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“ eine Kurz-Dokumentation auf 26 Seiten vorgelegt. Diese zeigte auf eindrucksvollen Bildern an einigen typischen Fällen auf, dass die von Bayer beauftragten Baufirmen sich nicht besonders um die technischen Regeln kümmerten. Und zusätzlich betonten sowohl Bayer als auch die TÜV-Gutachter, dass sie auch in Zukunft weiter nach „eigenen“ Regeln der Technik bauen wollen. Und auch die Bezirksregierung Düsseldorf hat alle Abweichungen entweder gar nicht mitbekommen oder einfach beide Augen zugedrückt. So zum Beispiel die Tatsache, dass Bayer eine schmalere, nur 60 cm breite, Schutz- bzw. Warnmatte als planfestgestellt auf etwa 60 von den kompletten 67 Kilometern anstelle einer 80 cm breiten Warnmatte auf den bisher fertiggestellten Abschnitten eingebaut hat. Obwohl laut Frau Dr. Nienhaus, Hauptdezernentin der Bezirksregierung Düsseldorf, 15 Mitarbeiter der Behörde mit der CO-Pipeline permanent beschäftigt sind, ist offensichtlich keinem diese Abweichung aufgefallen.

Erst am 1. Oktober 2008 hat Bayer dazu einen Änderungsantrag eingereicht, den die Bezirksregierung nun „ergebnisoffen“ prüfen will.

In der Sitzung konnten auch andere Widersprüche zwischen rechtlichen Vorschriften und tatsächlicher Bauausführung nicht ausgeräumt werden.

Dennoch taten die Befürworter unter den Landtagspolitikern lauthals ihre offensicht-

lich schon vor der Sitzung gefasste Meinung kund: Also die Leitung sollte doch bitte jetzt als sicher beurteilt werden und gefälligst auch von den Initiativen. Damit wollten diese Abgeordneten sich wohl Beistand gegen aufmüpfige Bürger und Wähler beschaffen. Aber das wird weder mit uns noch mit den mittlerweile mehr als 97.000 UnterstützerInnen gelingen!

Und die nächste Wahl kommt immer näher und näher!

Weitere Genehmigungsversuche

Wie sieht es nun rechtlich aus? Das Oberverwaltungsgericht hatte ja erstmals im Dezember 2007 in einem Eilverfahren das Durchwinken des Verwaltungsgerichts Düsseldorf kassiert, den Weiterbau zwar genehmigt, den

der Stadt Solingen noch nicht zugegangen. Hier scheinen die Einwendungen doch die Entscheidung schwieriger zu machen; auf jeden Fall aber gewinnen wir Zeit. Wir gehen davon aus, dass die Stadt Solingen den Protest gegen diese Leitung weiter stützt und sich auch gegen etwaige Enteignungen gerichtlich wehrt. Nur so kann gesichert, dass die Leitung zwar möglicherweise noch gebaut, aber später auch zurückgebaut wird.

Planergänzung 2008 – Masse statt Klasse

Genau am letzten Tag der Frist des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf reichte Regierungspräsident Büssow per Fax seine Planergänzung auf 82 dichtbeschriebenen Seiten ein. Aber damit nicht genug. Weitere mehrere

hundert Seiten

umfassen neun

Gutachten.

Diese bieten

zum Beispiel

jetzt erst eine

„professorale“

Gemeinwohl-

begründung

ohne Arbeits-

platzsicherung

an. Daneben

gibt es neue

Untersuchun-

gen zu links-

rheinischen

Trassen, zur

Umweltbilanz,

geänderte Vari-

anten und Gut-

achten zur Ab-

fackeleinrich-

tung und, und,

und. Also es

gibt viel Arbeit

für Anwälte



Betrieb der Gift-Leitung aber für zu gefährlich erachtet und untersagt.

Darauf hin hatten Landes- und Bezirksregierung eine Planergänzung angekündigt. Diese sollte Mitte Juni 2008 in der ersten öffentlichen Verhandlung in dem Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht verhandelt werde. Dazu kam es nicht, weil die Bezirksregierung um Aufschub bitten musste.

Zwischenzeitlich musste Bayer neun Planänderungen zu der genehmigten Leitungsführung beantragen; eine davon betraf die Verschiebung der Leitung von Hildener auf Solinger Gebiet. Dagegen hat sich der Solinger Rat in beindruckender Weise ausgesprochen und die Inanspruchnahme von Solinger Grund abgelehnt. Bis heute ist die Entscheidung des Regierungspräsidenten Düsseldorf

und Gerichte und es ist wohl davon auszugehen, dass nicht vor März oder April nächsten Jahres erste Termine anstehen.

Widerstand geht weiter

Bis dahin gibt es für die Stadträte in Solingen genügend Zeit und Grund, weiter Widerstand aufzubauen und zu stärken. Wir stehen bereit, dies nach Kräften zu unterstützen. Aber auch der politische Kampf der Kommunen gegen die Landespolitik wird weitergehen. Je näher die Wahlzeiten, desto größer wird die Nervosität der Politiker. Das werden wir auch bei unseren Aktionen gerne nutzen.

Dieter Donner, Pressekoordinator der Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13€ frei Haus
Unterstützer-Abo 20€ frei Haus



Bankverbindung:
Bürgerinitiativenbüro e. V.
Bl. Z. 33060592 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Suchwort "tacheles-Abo"

Auch Hartz IV-Kinder brauchen Kindergeld!

Der Wuppertaler Erwerbslosen- und Sozialverein Tacheles e.V. fordert, die anstehende Kindergelderhöhung nicht von der Sozialleistung von Kindern aus einkommensschwachen Familien abzuziehen.

Wenn die schwarz-rote Bundesregierung im Januar 2009 das Kindergeld erhöht, gehen die ärmsten Kinder der Republik leer aus. Während andere Familien pro Kind 10 Euro und ab dem dritten Kind 16 Euro monatlich mehr in der Tasche haben, wird das Kindergeld beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld und bei der Sozialhilfe als Einkommen des Kindes oder Einkommen des Kindergeldberechtigten angerechnet und die Leistung um die Erhöhung gekürzt. Das was die Kindergeldkasse auszahlt, sparen Bund und Kommunen an Sozialleistungen wieder ein. Ein Nullsummenspiel, auch für diejenigen, die eine Erhöhung am nötigsten bräuchten.

Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. fordert deshalb die Bundesregierung auf, bedürftigen Kindern und deren Familien wenigstens die Kindergelderhöhung zu gute kommen zu lassen. Dieser Schritt ist zwingend, um die Entwicklungs- und Bildungschancen von rund 2,5 Mio. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Fürsorgeleistungen leben müssen, nicht noch tiefer unter das Niveau Gleichaltriger sinken zu lassen.

"Wenn der politische Wille da wäre, ist die Herausnahme des Erhöhungsbeitrags aus dem Kindergeld, das als Einkommen voll angerechnet wird, gar nicht schwierig. Eine solche Ausnahmeregelung gab es sogar schon einmal von 2001 bis 2004 bei der Sozialhilfe. Hier waren für die ersten beiden Kinder je 10,25 Euro vom Kindergeld anrechnungsfrei", erläutert Harald Thomé, Vorsitzender von Tacheles e.V. Der Änderungszeitpunkt wäre günstig: Die Regelung kann ohne Gesetzesänderung in die so genannte "Alg II-Verordnung" zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen aufgenommen werden, die ohnehin zum Januar 2009 neu gefasst und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erlassen werden soll.

Weiter fordert Tacheles von der die Bundesregierung, die Leistungskürzung bei Kindern im Alter von 7 bis 17 Jahren sofort zurückzunehmen. Im Zuge der Hartz IV-Reform wurde Schulkindern ab Januar 2005 der erhöhte Bedarf für Wachstum, Ernährung und Schulbildung aberkannt. Seitdem bekommt z.B. ein 13jähriges Schulkind die gleiche Regelleistung wie ein Säugling. Ein bundesweites Bündnis von 200 Organisationen und 1300 Einzelpersonen fordert diesen empörenden Zustand unverzüglich zu abzustellen.

Bislang ist die Bundespolitik nicht bereit, auf solche Forderungen einzugehen. Deshalb verlangt Thomé für den Verein Tacheles: "Wenn die Bundesregierung es mit der Bekämpfung von Kinderarmut ernst meint, muss sie jetzt handeln und zumindest in einem ersten Schritt die Erhöhung vom Kindergeld aus der Anrechnung herausnehmen."

Frank Jäger und Harald Thomé

Erwerbslosen- und Sozialverein Tacheles e.V.
Rudolfstr. 125

Wer eine Reise macht, der kann etwas erleben ...

Linie 695:

"Wir sind nicht gefragt worden!"
Busbenutzer beschwerten sich über die neuen Busfahrpläne und die neue Fahrtroute.

Linie 693:

"Behinderte fahren in Solingen nicht Bus, da sie gar nicht erst reinkommen."

Ich kenne eine Mutter, die deswegen nicht mehr mit ihrem Kinderwagen in diese Buslinie, auf der keine Niederflerbusse fahren, einsteigt.

Linie 685:

Ein Jugendlicher musste den Bus verlassen, da er seine Füße auf den Sitz gelegt hatte. Ein Mann wurde von demselben Busfahrer durch das Mikrofon ermahnt, weil er geschäftlich mit dem Handy telefonierte.

Linie 685:

Eine Frau erzählte mir, dass eine Bekannte von ihr im Bus so gefallen ist, dass sie sich einen Ellenbogenbruch zugezogen hat und von den Stadtwerken noch nicht einmal Schmerzensgeld erhalten hätte.

Linie 681:

Eine Frau fiel im Bus, weil die Tür so schnell schloss, dass ihr noch an der Leine hängender Hund nicht mit einsteigen konnte.



Lily Zografou - Lesung

bedeutende griechische Schriftstellerin - Frauenrechtlerin -
freiheitliche Kommunistin

aus "Beruf Hure" und "Deine Frau, die Schlampe" liest der Übersetzer, Ralf Dreis

Montag 15.12., 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, Solingen
Eintritt frei

FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen; fausg@fau.org www.fau.org



Vor 15 Jahren trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft Trotz steigender Lebenshaltungskosten blieben die Leistungen seither unverändert!

PRESSEERKLÄRUNG von PRO ASYL:
Das Prinzip war und ist Entrechtung,
Abschreckung, staatlich organisierter
Leistungsbetrug

Am 1. November 1993 trat das
Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Seit
nunmehr 15 Jahren gibt es zweierlei
Existenzminima in Deutschland.
Asylsuchende und viele Menschen mit
Duldung werden von Staats wegen in eine
Situation gebracht, in der in Zeiten steigen-
der Lebensmittelpreise kaum noch das bloße
physische Existenzminimum gedeckt ist.
Unverändert stehen den Empfängern von
Asylbewerberleistungen 1,36 Euro pro Tag
und Person für den persönlichen Bedarf (ins-
gesamt ca. 8,60 €/Tag) zur Verfügung. Mit
diesem ihnen einzig zur Verfügung stehen-
den Bargeldbetrag müssen sie die Kosten für
den ÖPNV, Telefongespräche, Porti u.a.
bestreiten.

Das Prinzip des Gesetzes war und ist erklärt-
ermaßen, potentielle Asylsuchende von der
Antragstellung in Deutschland abzu-
schrecken. Die hierzulande lebenden
Asylsuchenden werden zum Instrument die-
ser staatlichen Doktrin und damit zum
bloßen Objekt staatlichen Handelns - ein
Anschlag auf die Menschenwürde. Das rassi-
stische Sondergesetz muss weg.

Die nunmehr 15-jährige Praxis, die
Leistungen nicht zu erhöhen, obwohl die
Leistungsanpassung in § 3 Absatz 3
Asylbewerberleistungsgesetz ausdrücklich
vorgesehen ist, ist eine Art staatlich organi-
sierten Leistungsbetruges. Die
Verbraucherpreise sind seit Inkrafttreten des
Gesetzes um mehr als 23 Prozent gestiegen.
Die Grundleistungen des
Asylbewerberleistungsgesetzes liegen um
mehr als 35 Prozent unter dem Niveau der
Sozialhilfe. Jeder weitere Anstieg der
Verbraucherpreise vergrößert das Problem.
Hinzu kommt, dass ein Großteil der
Leistungsbezieher mit Sachleistungen abge-
speist wird und in Lagern leben muss.

Inzwischen sind unter den Menschen, die
Leistungen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz beziehen,
größenteils Geduldete, ja sogar - nach einer
letzten Verschärfung - Menschen, die ein
Bleiberecht aus humanitären Gründen erhal-
ten haben.

Der Charakter des Gesetzes hat sich damit
von einer Grundlage zur
Leistungsgewährung an Asylsuchende in der
ersten Zeit nach der Einreise zu einer
Grundlage für die dauerhafte Entrechtung
auch jahrelang hier Lebender gewandelt.
Ihnen werden für vier Jahre - in der Praxis
vieler Bundesländer auch darüber hinaus -
die "integrativen Leistungen" vorenthalten.
De facto ist dies alles, was über das physi-
sche Überleben hinausgeht.

Auf der politischen Agenda steht in Kürze
die Beratung über die dringend notwendige
Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Es wird sich
zeigen, ob die Bundesregierung dabei wieder
die Einsicht verweigert, dass die Anpassung
der Beträge des
Asylbewerberleistungsgesetzes aus densel-
ben Gründen längst überfällig ist. Zuletzt hat
sie im April in der Antwort auf die Große
Anfrage der Fraktion Die Linke im
Bundestag (BT-Drucksache 16/9018 und
16/7213) deutlich gemacht, dass sie eine
Leistungserhöhung nicht für nötig hält.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach
dem Asylbewerberleistungsgesetz lagen nach
Angaben des Statistischen Bundesamtes im
Jahr 2007 nur noch bei insgesamt 1,03
Milliarden Euro, der niedrigste Stand seit
Einführung der
Asylbewerberleistungsstatistik. Angesichts
der Beträge, die aktuell für die Unterstützung
notleidender Banken aufgebracht werden,
sind das wahrlich Peanuts. 150.000
Menschen sind aktuell Opfer der organisier-
ten Mangelversorgung durch das Gesetz.

gez. Bernd Mesovic
Referent

Hinweis: In der o.a. Bundestagsdrucksache
hat sich die Bundesregierung letztmals
umfassend und dennoch argumentativ man-
gelhaft zum Thema der Existenzsicherung
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
geäußert.

Pro Asyl
Postfach 16 06 24
Telefon: 069/23 06 88
internet: <http://www.proasyl.de>

60069 Frankfurt / Main
Telefax : 069/230650
e-mail: proasyl@proasyl.de

"Sammelanhörungen" von Flüchtlingen zur schnelleren Abschiebung

Die sogenannten "Sammelanhörungen"
sind ein wichtiges Instrument für die
Abschiebung von zumeist afrikanischen
Flüchtlingen aus Deutschland. Für die
Abschiebung oder erzwungene Ausreise
von Flüchtlingen benötigen die deutschen
Behörden Pässe oder
Passersatzdokumente von dem Land, in
das ein Flüchtling abgeschoben werden
soll.

Zu diesem Zweck passiert es immer häufi-
ger, dass Flüchtlinge aus Sierra Leone,
Nigeria, Guinea, Togo und anderen
Ländern von Botschaftsangehörigen oder
auch von Delegationen dieser Länder zu
einer Anhörung eingeladen werden. Wenn
die Flüchtlinge dieser Einladung folgen,
werden sie nach einer zum Teil sehr ober-
flächlichen Befragung als
Staatsbürger(innen) des betreffenden
Landes identifiziert, und sie erhalten Pässe
oder Passersatzdokumente.

Diese Anhörungen dienen also allein dem
Zweck, die Abschiebung von Flüchtlingen
durchzusetzen. Interessant ist in diesem
Zusammenhang, dass über die Proteste
gegen die letzte Sierra-Leone-Anhörung
in Hamburg auch in der sierra-leonischen
Presse ausführlich berichtet wurde.
(<http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/>
unter "Abschiebepolitik")

Die Rolle, die afrikanische
Botschaftsangehörige bei den
Sammelanhörungen spielen, liegt u.a.
darin begründet, dass Deutschland und die
EU die ökonomische Abhängigkeit dieser
Länder ausnutzen und von diesen Staaten
die "Rücknahme" ihrer
Staatsbürger(innen) erzwingen. Außerdem
bekommen die betreffenden Botschaften
von den deutschen Behörden für jede
Identifizierung eines Flüchtlings und für
jedes diesbezügliche Reisedokument einen
erheblichen Geldbetrag.

Kein Mensch ist illegal
c/o Informationsbüro Nicaragua e.V.;
Postfach 101320; 42013 Wuppertal
Tel.: 0202 300030, Fax 0202 314346;
kmii-wuppertal@gmx.de

gruppeninfos

AG Weiße Rose:

Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international: Treff jeden 1. Mi. im Monat 20h, Kontakt: 4 15 78

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bürgeraktion Contra Westtangente:

Kontakt: Tel.: 1 78 45

Bürgerinitiative "Solingen gehört uns":

Kontakt: Jörg Becker, Tel.: 13624,

joerg.becker@komtech.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, geöffnet: Mi. 15-19h, Fr. 13-15h, Tel.: 27 36 35

Café International: Treff jd. 1. Freitag im

Monat, 19h, Wupperstraße 120

Cow Club: www.cowclub.de

Treff jeden Donnerstag 20h in der kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89,

DFG-VK Niederberg / Berg. Land: Beratung

für Kriegsdienstverweigerer,

Kontakt: Hagü Weber Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung:

Café Courage, Kontakt: 4 15 78

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt:

Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel.: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. Tel.: 55470

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua:

Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative "Bau-Stopp der Bayer-Pipeline":

Kontakt: Dieter Donner, Tel.: 02103/65030

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:

Kontakt: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:

www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de

Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 230 97 77

Solinger Appell/Forum gegen Krieg

und Rassismus: c/o: Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@operamail.com

Treff: Do. 18.12.08, 20 h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal,

tacheles: www.tacheles-solingen.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, tacheles-solingen@gmx.de

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat

(außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-

Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Türkischer Volksverein:

Van-Meenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45

Mo.-Fr. ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.:

Saz-Kurs 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.:0212/ 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschisten:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.:0212/ 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom,

Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07 96

bürgerfunk

Soweit nicht anders angegeben, beginnen die Sendungen jeweils um 21.04 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99,95 MHz Kabel).

Bürgerfunk aus RS und SG im Internet:

<http://www.buergerfunk.bland.de>

Hier gibt es Informationen über die Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in RealAudio und vieles mehr. Änderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen möglich.

02.12.2008	21:00	Radiostammtisch
04.12.2008	21:00	Kraftstation
05.12.2008	21:00	Radio BHS-RS
07.12.2008	20:00	Stimme der Senioren
08.12.2008	21:00	Rückblende
11.12.2008	21:00	Radio DMW
14.12.2008	20:00	Hanggeschmedden
16.12.2008	21:00	Ohrwerk
17.12.2008	21:00	Radio Vertikal
19.12.2008	21:00	Lautstark
20.12.2008	21:00	Chill Out
21.12.2008	20:00	Jugendstadtrat
23.12.2008	21:00	KBW
24.12.2008	21:00	Cowclub Radio
25.12.2008	20:00	2 Männer und Ich
26.12.2008	20:00	Radio Jam

**Nicht gucken
mitmachen bei
der tacheles!**